

Beschluss der 18. Mitgliederversammlung des Landesjugendrings Berlin e.V. am 19.04.2008

Demographische Entwicklung – Jugendliche nicht vergessen!

Das Gesicht Berlins wird sich in den nächsten Jahren deutlich ändern.¹ Die Berliner Gesamtbevölkerungszahl wird sich nach der Prognose der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung zwar bis 2030 kaum ändern (-1%), die Zahl der Kinder und Jugendlichen im Alter von 0 bis 25 Jahren wird aber von 798.300 im Jahr 2006 auf 686.900 im Jahr 2030 sinken. Das ist ein Rückgang um 14%. Gleichzeitig steigt die Zahl der alten Menschen im Alter von über 65 Jahren von 610.000 im Jahr 2006 auf 850.800 im Jahr 2030. Dies ist ein Zuwachs von 39%. Die Zahl der Berliner/-innen mit Migrationshintergrund wird im gleichen Zeitraum steigen, vor allem der Anteil junger Menschen mit Migrationshintergrund wird deutlich zunehmen. Allerdings sind die Berliner Bezirke sehr unterschiedlich von dieser Entwicklung betroffen. Die geringsten Veränderungen sind in den Innenstadtbezirken zu erwarten, den größten Wandel in der Altersstruktur erleben die Großsiedlungen am östlichen Stadtrand Berlins.² Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird voraussichtlich in Neukölln und Charlottenburg-Wilmersdorf am stärksten ansteigen, in Lichtenberg und Spandau hingegen wird er sinken.

Wenn die Zahl von Kindern und Jugendlichen sinkt, droht auch die Bedeutung von jungen Menschen zu sinken. Gerade weil aber der Anteil von Kindern und Jugendlichen abnimmt, muss die Förderung junger Menschen in den Mittelpunkt der Landespolitik gestellt werden, denn Berlin ist auf die Entwicklung des Potentials junger Menschen angewiesen. Eine Politik im Interesse der Stadt kann also nur eine Politik sein, die Kinder und Jugendliche fördert. Jeglichen mit der demographischen Entwicklung begründeten Kürzungen in Bereichen, die Kinder und Jugendliche betreffen, erteilen wir daher eine Absage.

In den Handlungsfeldern des Demografie-Konzepts, das der Berliner Senat zur Zeit entwickelt, werden Jugendliche nur unter der Überschrift „Familien- und kinderfreundliche Stadt“ erwähnt. Eine eigenständige Kinder- und Jugendpolitik, die ressortübergreifend die Interessen *aller* Kinder und Jugendlichen in den Blick nimmt und für junge Menschen Lebensbedingungen schafft, die ihnen eine Entwicklung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten ermöglicht, lässt in Berlin noch immer auf sich warten. Dadurch fehlen nicht nur abgestimmte Konzepte zur Förderung von Kindern und Jugendlichen, sondern es werden auch Zukunftsressourcen für die Stadt vernachlässigt.

Eine nachhaltige Politik für Kinder und Jugendliche in Berlin muss die eigenverantwortliche Entwicklung junger Menschen fördern. Sie muss eine aktivierende Politik sein, die junge Menschen nicht als „zu erziehende“, „zu betreuende“, „zu versorgende“ oder „zu lehrende“ Objekte begreift, sondern die es Kindern und Jugendlichen ermöglicht, ihre Interessen und ihre Anliegen selbst umzusetzen. Kinder- und Jugendpolitik muss junge Menschen bei der Aneignung ihres Lebensumfeldes unterstützen, sie muss sich als Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements verstehen. Kinder und Jugendliche brauchen Beteiligungschancen in allen Politikfeldern, die sie betreffen, sie müssen befähigt werden, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Kinder- und Jugendpolitik, die die Partizipation junger Menschen in den Mittelpunkt stellt, ist eine Querschnittsaufgabe, die sich nicht in engen Ressortgrenzen abbilden lässt. Eine Politik, die Kinder und Jugendliche in diesem Sinne um ihrer selbst Willen fördert, ist auch von Nutzen für die Stadt.

Der Landesjugendring setzt sich mit seiner Kampagne „Jugend will Berlin – Berlin will Jugend. Unsere Stadt jugendfreundlich gestalten“, für die Interessen aller Berliner Kinder und Jugendlichen ein. Der Landesjugendring fordert darin die Verbesserung von Bildung und Berufsausbildung, die Intensivierung der Förderung ehrenamtlichen Engagements sowie die Verbesserung der Integration jugendlicher Migrantinnen und Migranten. Weitere Forderungen des Landesjugendrings sind die Gewährung ausreichender kultureller Freiräume und die stärkere Ausrichtung der Stadtentwicklung an den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen. Mit diesen

¹ Vgl. zum Folgenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): Bevölkerungsentwicklung in Berlin 2006-2030. Vorausschätzungen für die Gesamtstadt. Berlin 2008.

² Vgl. zum Folgenden Senatsverwaltung für Stadtentwicklung (Hrsg.): Bevölkerungsprognose für Berlin 2002-2020. Bevölkerungsentwicklung in der Metropolregion 2002-2020. Berlin 2004.



Forderungen wenden wir uns auch gegen rechtsextreme Demagog/-innen, die versuchen, durch ein scheinbares Engagement für Kinder und Jugendliche diese für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Der Landesjugendring Berlin hat zur Umsetzung dieser Forderungen ein „Abkommen für die Jugend“ vorgeschlagen. Es zielt darauf ab, die Interessen von Kindern und Jugendlichen in allen Politikfeldern zu berücksichtigen. Kinder und Jugendliche dürfen, nur weil Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt, nicht weniger wert sein. Die Bedeutung, die Kinder und Jugendliche für diese Stadt haben, soll im „Abkommen für die Jugend“ deutlich werden.